



Drohender Gaslieferstopp kippt Haushaltsberatungen

Böse Überraschung nach der parlamentarischen Sommerpause: Mitten in der gegenwärtig im ganzen Land spürbar heraufziehenden Energiepreiskrise ist nach heutigem Stand nicht klar, wie es am Jahresende mit der Gasversorgung des Main-Taunus-Kreises weitergeht.

Wie der hauptamtliche Kreisausschuss um Landrat Michael Cyriax (CDU) mitteilte, endet der Liefervertrag mit dem bisherigen Anbieter zum Jahresende. Derzeit laufen nach eigenem Bekunden eilige Nachverhandlungen und es wird nach alternativen Anbietern gesucht, ohne dass bisher Fortschritte bekannt wurden. Dies verwundert nicht, denn der Markt ist inzwischen ziemlich leergefegt. Stand jetzt kann eine erhebliche Verteuerung der Energiekosten nicht ausgeschlossen werden.

Im Raum steht sogar eine Vervielfachung der Kosten, insbesondere wenn es zu einem Rückfall auf die Not-Belieferung durch den Grundversorger kommen sollte. Als unmittelbare

Reaktion wurden nun wegen erheblicher Unwägbarkeiten die Beratungen für den Kreishaushalt 2023 in die ersten Monate des kommenden Jahres verschoben. „45 Millionen Kilowattstunden verbraucht der Main-Taunus-Kreis jedes Jahr, um seine Schulen, Sportanlagen, Verwaltungsgebäude und weitere Liegenschaften zu beheizen“, weiß Dr. Philipp Neuhaus, SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag, „wenn der Main-Taunus-Kreis dann inmitten der aktuell äußerst schwierigen Marktsituation so blank dasteht, dann müssen wir nachfragen, wie es so weit kommen konnte.“

Mit einer Anfrage an den Kreisausschuss möchte die SPD-Kreistagsfraktion deshalb neben der dringenden Aufklärung über die aktuelle Situation auch erfahren, wie es zu der dramatischen Lage im Main-Taunus-Kreis überhaupt kommen konnte und wer hierfür die Verantwortung trägt. „Schon in der jüngeren Vergangenheit gab es Probleme mit den Gaslieferan-

ten des Kreises. Offenbar wurde aus den Fehlern der Vergangenheit aber nicht gelernt und hier erneut auf einen allgemein als „Billiganbieter“ bekannten Lieferanten gesetzt. Wir werden genau prüfen, ob angesichts der spätestens seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine allgemein absehbaren Energiekrise der Vertragskonstellation und der Frage des Liefer-Endes die notwendige Sorgfalt gewidmet wurde.“ Bereits in 2018 stellte der damalige Gaslieferant mitten im Winter überraschend seine Lieferungen ein. Dadurch wurde kurzzeitig der Rückgriff auf die Belieferung durch den Grundversorger notwendig, was bei dem damals noch ruhigeren Marktumfeld zwar misslich, aber weitaus weniger dramatisch war. Grund war damals die Insolvenz des Gaslieferanten. Die gegenwärtige Situation hingegen hat ihre Ursache in der Vertragsgestaltung mit dem aktuellen Gaslieferanten, die den verantwortlichen im Kreis klar gewesen sein muss!



Dr. PHILIPP NEUHAUS

Fraktionsvorsitzender

*Liebe Mitbürgerinnen,
liebe Mitbürger,*

die Verschiebung der Verabschiedung des Kreishaushaltes in das Folgejahr kommt höchst selten vor und ist immer ein untrügliches Zeichen für eine Kreisregierung im Krisenmodus. Der drohende Gaslieferstopp und die damit einhergehenden Unsicherheiten für den Kreishaushalt haben uns sehr überrascht und verwundert. Gerade angesichts der aktuell sehr schwierigen Energiesituation in unserem Land kommt diese Entwicklung absolut zur Unzeit. Wir erwarten hier von den Verantwortlichen im Kreis schnell die Wiederherstellung der Versorgungssicherheit für den MTK und Aufklärung darüber, wie es zu dieser prekären Situation kommen konnte. Zugleich werden wir uns nach Kräften dafür einsetzen, dass der MTK die befürchteten Kostensteigerungen nicht auf dem Rücken der Menschen im Kreis ausbügelt. Insbesondere Kürzungen im Sozialbereich werden wir keinesfalls mittragen und uns weiter dafür verwenden, dass der Main-Taunus-Kreis ein Kreis für alle sein soll.

Ihr
Philipp Neuhaus

Dr. Philipp Neuhaus



Kita-Kreiselternbeirat soll Anliegen der Eltern mehr Raum geben

„Gerade in den letzten zweieinhalb Jahren der Corona-Pandemie hätten sich viele Kita-Eltern gewünscht, dass sie in Entscheidungen des Kreises zum Thema Kinderbetreuung mehr einbezogen werden“, erklärt Antje Köster, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, in Hinblick auf das Vorgehen der Kreisverwaltung in der Pandemie, „mit der Einrichtung eines Kita-Kreiselternbeirats wollen wir den Eltern von Kita-Kindern in allen Situationen mehr Gehör bei Entscheidungen der Kreispolitik und dem Handeln der Kreisverwaltung ermöglichen.“ Zwar unterhält der Main-Taunus-Kreis selbst keine Kindertagesstätten, dennoch wirkten sich die Entscheidungen des Kreises als Jugendhilfeträger und die Arbeit der Kreisverwaltung vielfach auf den

Alltag in den Kitas aus, beispielsweise über die Kita-Fachaufsicht des Kreises oder wie nun in der Pandemie bei der Umsetzung und Kommunikation von Schutzmaßnahmen und den damit einhergehenden täglichen Herausforderungen für die Eltern, Kinder sowie alle Kinderbetreuungseinrichtungen im MTK in Corona-Zeiten. Unabhängig von der Trägerschaft sei der Kreis zudem mit dem Amt für Jugend, Schulen und Kultur eingebunden, beispielsweise in die Bereiche der Sozialverwaltung, der Integration oder der fachlichen Begleitung der pädagogischen Arbeit. Daneben bietet ein Kita-Kreiselternbeirat eine für alle Beteiligten nützliche Plattform zum kreisweiten Austausch, führt das Gremium doch institutionalisiert Eltern, Fachkräfte und Kreispolitik zusammen. Die aller-

meisten Kindertagesstätten besitzen einen Elternbeirat, bislang fehlte es aber noch an einer übergeordneten Vernetzung sowie einer offiziellen und demokratisch legitimierten Einbindung auf Kreisebene, so die SPD-Kreistagsfraktion. Die Einrichtung von Kita-Elternbeiräten wird insbesondere aus den Erfahrungen der Corona-Pandemie derzeit auf vielen Ebenen intensiv betrieben. Ganz aktuell ging die Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs durch den Hessischen Landtag, mit der die Einführung eines Kita-Beirats auf Landesebene auf den Weg gebracht wird, wie von der SPD in Hessen schon seit vielen Jahren gefordert. In der Debatte wurde zugleich auf die Notwendigkeit eines Unterbaus dieser Elternvertretung auf allen kommunalen Ebenen hingewiesen. In der Stadt Wiesbaden und im Landkreis Groß-Gerau gibt es Initiativen für die Etablierung von Kreis-

bzw. Stadt-Kita-Elternbeiräten, ebenso in Hochheim im Main-Taunus-Kreis. Die Stadt Eschborn hat bereits einen Kita-Stadtelternebeirat eingerichtet. Mit großem Elan setzt sich die Landesarbeitsgemeinschaft KitaEltern Hessen e.V. für die flächendeckende Einrichtung von Kita-Elternbeiräten in Hessen ein. „Bei der Ausgestaltung des Kita-Kreiselternbeirats soll der Kreis auf die Expertise der Elterninitiative zurückzugreifen, die bereits vielfältig konstruktiv an Strukturen zur Vernetzung der Elternarbeit arbeitet“, empfiehlt Köster daher. Der entsprechende SPD-Antrag fand nun in der Kreistagsitzung vom 26. September große Zustimmung, wurde aber mit einzelnen ergänzenden Punkten aus einem Änderungsantrag von Die Linke in den zuständigen Ausschuss verwiesen, weil die Koalition sich nicht zu einer direkten Zustimmung durchringen wollte.

Mängel bei Lebensmittelkontrollen bestätigt

Zur letzten Kreistagssitzung im Juli hatte unsere SPD-Kreistagsfraktion den Antrag „Sicherstellung ausreichender Lebensmittelkontrollen im Kreis“ gestellt. Hierzu erfolgte nun im Gesundheitsausschuss ein umfangreicher Bericht der zuständigen Amtsleitung im Veterinärwesen. Hierbei bestätigte sich, dass die im Antrag angeführten Mängel weiterhin bestehen. Der gegenwärtige gesetzliche Proben-schlüssel von 5,5 Proben pro 1000 Einwohner wurde 2021 lediglich zu 34 Prozent erfüllt. Zwar steht der Main-Taunus-Kreis hier im hessenweiten Vergleich verhältnismäßig gut da, von einer vollständig ge-

setzeskonformen Durchführung der Lebensmittelkontrollen kann jedoch keine Rede sein. Als Gründe angeführt wurden zum einen chronischer Personalmangel, zum anderen ungelöste Verfahrensfragen mit der hessischen Landesregierung über eine angedachte Verlagerung der Zuständigkeiten an das hessische Landeslabor. Wir finden aber, der Main-Taunus-Kreis muss hier – auch in Anbetracht wiederholter Lebensmittelkandale – deutlich mehr Problembewusstsein an den Tag legen und werden daher in den kommenden Haushaltsberatungen das Thema erneut aufrufen.

Wie nachhaltig ist die MTK-Anlagestrategie?

„Kaum eine Veranstaltung unter Beteiligung der Wirtschaft und des Finanzwesens findet mehr statt, ohne dass nicht die Schlagworte FairFinance, Corporate Social Responsibility oder Berichts- und Nachweispflicht fallen“, stellt Gisela Stang, stv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion fest, „Und wir von der SPD sagen: zu Recht! Und wir denken, der Main-Taunus-Kreis muss sich ebenfalls bei seinem Handeln stets an diesen Kriterien messen lassen.“ Der Main Taunus Kreis will bis 2050

klimaneutral werden. Hierfür wird gerade das Klimaschutzkonzept fortgeschrieben und der Kreistag hat dem Main-Taunus-Kreis die Möglichkeit der CO₂-Kompensation gegeben. Auch hinsichtlich der Anlagestrategie des Kreises sollte daher – natürlich neben den Kriterien der Anlagesicherheit – immer auch die Nachhaltigkeit eine Rolle spielen. Wie genau der MTK sich hier aufstellt, möchte die SPD berichtet bekommen. Der Antrag dazu wurde in der Kreistagssitzung vom 26. September beschlossen.



(Symbolbild)

Kreiskoalition lässt bei Frauenrechten nicht mit sich reden

Nachdem es im Zuge der Corona-Pandemie erste Erkenntnisse gab, dass die quarantänebedingte Isolation einen starken Anstieg häuslicher Gewalt gegen insbesondere Frauen und junge Mädchen mit sich bringt – laut offiziellen Polizeiberichten alleine in 2020 um 34 Prozent, bei einer erheblichen Dunkelziffer, – stellten die SPD und auch die Linke im Main-Taunus-Kreis schon 2020 zwei Anträge, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen. Während der SPD-Antrag zahlreiche konkrete Einzelmaßnahmen für mehr Schutz von Frauen und Mädchen vorsah, zielte der Linken-Antrag in erster Linie auf ein Bekenntnis des MTK zur Umsetzung der Ziele der sogenannten Istanbul-Konvention ab.

schussberatungen. Hier verzögerte das wiederholt hinhaltende Verhalten der Kreiskoalition weitere Beschlüsse.

Gleichzeitig wurde von allen demokratischen Fraktionen der grundsätzliche Wille bekundet, bei dem Thema an einem Strang zu ziehen. „Bei einem so wichtigen Thema hätten wir gerne ein gemeinsames und einiges Zeichen gesetzt und hatten auf konstruktive Gespräche gehofft“, betont Gisela Stang, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, „aber leider zeigte die Kreiskoalition keinerlei entgegenkommen.“

Von einzelnen Kreistagsmitgliedern der Grünen war zwischenzeitlich zugesagt worden, in der Kreiskoalition intensiv für einen

ersetzender und verwässernder Änderungsantrag der Antragsstellenden CDU, FDP und Grünen beschlossen. Von einem gemeinsamen Zeichen konnte keine Rede mehr sein. Mit ihrer Mehrheit ließ die Kreiskoalition die anderen Fraktionen wissen, man könne entweder ihrem Antrag zustimmen oder es sein lassen. Der Antrag der Linken wurde durch die Mehrheitsfraktionen zugleich direkt abgelehnt.

Ebenso erging es dem SPD-Antrag, dessen Kernforderung, den „Schutz von Frauen und Mädchen vor häuslicher, sexualisierter und anderweitiger Gewalt im Main-Taunus-Kreis wirksam zu verbessern“ den Vertreterinnen und

Vertretern der Kreiskoalition ganz offenbar weder im Ausschuss, noch in der Kreistagssitzung vom 26. September eine Zustimmung wert war.

„Von CDU und FDP haben wir wenig entgegenkommen erwartet. Bei einem Landrat Michael Cyriax (CDU), der als zuständiger Dezentrent die Istanbul-Konvention im Ausschuss öffentlich als „Pamphlet“ verunglimpfte, sieht es in Sachen Frauenpolitik im Main-Taunus-Kreis ohnehin ziemlich düster aus. Dass aber tatsächlich auch die Grünen bei diesem Thema aus Koalitionsrason ihre Hände mit zur Ablehnung heben, hat uns auch persönlich tief enttäuscht“, stellt Gisela Stang fest.

➔ Was ist die „Istanbul-Konvention“?

Als Istanbul-Konvention wird das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ bezeichnet. Der 2011 ausgearbeitete und inzwischen von 37 Staaten ratifizierte völkerrechtliche Vertrag verpflichtet die unterzeichnenden Staaten zur Einführung verbindlicher Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt und sieht umfangreiche Maßnahmen und Hilfsangebote zum Schutz von Frauen auf allen Ebenen des Staates vor.

Nachdem sich gegen die Kreiskoalition aus CDU, FDP und Grünen damals keine Mehrheit im Kreistag für die beiden Anträge fand, verschwand der Themenkomplex für über zwei Jahre in den Aus-

gemeinsamen Antrag zu werben – nur durchsetzen konnten sie sich offenbar in keiner Form. Schließlich wurde in der letzten Sitzung des Gesundheits-, Sozial- und Integrationsausschusses ein

Konzepte nur für das Schaufenster

Mit dem Beauftragen von Konzepten wird gerne der Eindruck von Engagement und Tatkraft geweckt. Bei Bedarf lässt sich immer sagen: Hier wird was getan, wir kümmern uns. Die Kreiskoalition und ihre mittlerweile vier hauptamtlichen Vertreter*innen an der Kreisspitze haben dies perfektioniert. Doch tatsächliche Wirkung und praktische Umsetzung sind nicht selten ernüchternd. Jüngste Beispiele: Die Fortschreibung des MTK Klimaschutzkonzeptes und das Radwegekonzept des MTK. Beides vorgeblich grüne Herzensangelegenheiten. Das groß angekündigte Beteiligungsverfahren für das Klimaschutzkonzept, extern vergeben an ein Beratungsbüro, kann nur als ein Flop bezeichnet werden: Neben einer chaotischen

Organisation und vielen ausgefallenen Arbeitsgruppen sorgte vor allem die oberflächliche Themenbearbeitung für Verdruss, die kaum eine ernsthafte Beteiligung ermöglichte. Wir finden: Hier muss mehr kommen! Beteiligungsverfahren nur pro forma durchführen wird dem Thema nicht gerecht. Das Radwegekonzept des MTK hat schon wiederholt für Unzufriedenheit gesorgt. Jüngstes Beispiel: Die geplante Sanierung des Maindeichs zwischen Flörsheim und Hattersheim sorgt für eine Unterbrechung der MTK Radwegemaßnahme „KU1“. Doch der MTK sieht keine Handhabe, die Umsetzung seines Radwegekonzeptes durchzusetzen. Solche Konzepte sind leider durchschaubar nur für das politische Schaufenster.



Zum Termin brachte die SPD-Kreistagsfraktion als kleine Spende frisches Obst zur Ausgabe im Tafelladen mit. Mit dabei v.l.n.r. Dr. Philipp Neuhaus, der Schwalbacher Bürgermeister Alexander Immisch, Daniela Paul, Lisa Herties, Dr. Martina Helmerich, Manuel Schiewe sowie für die Schwalbacher Tafel Pfarrer i.R. Klaus Spory (ehem. Vorsitzender des Fördervereins), Reinhold Ihrig, Pfr. i.R. (Vorsitzender des Fördervereins), Judith Grafe (Leiterin der Schwalbacher Tafel)

SPD besucht Tafelladen – Antrag von Kreiskoalition ausgebremst

Im Rahmen unserer Ferienfraktions-Sommertour besuchte unsere SPD-Kreistagsfraktion in der diesjährigen parlamentarischen Sommerpause neben dem Klinikstandort in Bad Soden auch den Tafelladen der Schwalbacher Tafel. Schon vor der Sommerpause hatte unsere Fraktion im Rahmen eines Hintergrundgesprächs die Möglichkeit zu einem Austausch mit der Tafel Hattersheim-Hof-

heim genutzt. Aufgrund der massiven Steigerungen der Preise für Lebensmittel und der allgemeinen Lebenshaltungskosten verzeichnen Tafeln im ganzen Land gerade deutlich steigende Kundenzahlen, die ihre weit überwiegend ehrenamtlichen organisierten Strukturen an die Grenzen der Belastung bringen. Daher stellte unsere SPD-Kreistagsfraktion zur letzten Kreistagsitzung den Antrag, die

Tafeln im Main-Taunus-Kreis mit einem festen Förderbetrag von 50.000 Euro je Tafel außerordentlich zu stärken. Das Geld könnte beispielsweise für zusätzliche festangestellte Mitarbeiter*innen verwandt werden. Diesem Anliegen machte die Kreiskoalition einen Strick durch die Rechnung: Die Bedarfskalkulation sei nicht ausreichend dargelegt für eine solche Unterstützungsleistung.

Man erinnere: Die gleiche Kreiskoalition die ohne mit der Wimper zu zucken eine Million Euro für einen zusätzlichen Kreisbeigeordneten locker machen kann! Übertroffen wurde diese Haltung noch von der Aussage des Kreisbeigeordneten Baron (FDP), die kirchlichen Träger der Tafeln sollten doch lieber vermeintlich steigende Kirchensteuereinnahmen für den Mehraufwand verwenden.

IMPRESSUM

Eine Veröffentlichung der SPD-Kreistagsfraktion Main-Taunus V.i.S.d.P.: Dr. Philipp Neuhaus, Fraktionsvorsitzender
Redaktion, Layout, Gestaltung: Moritz Löw, Geschäftsführer

KONTAKT

SPD-Kreistagsfraktion Main-Taunus
Nordring 33, 65719 Hofheim a. T.
Tel.: 06192-97777-54
Mail: geschaeftsstelle@spd-fraktion-mtk.de
www.spd-fraktion-mtk.de
www.facebook.com/SPDMainTaunus

DRUCKEREI

Flyeralarm CmbH
Alfred-Nobel-Str. 18
97080 Würzburg

BILDNACHWEIS/-RECHTE

Seite 1: pixelkorn, #469960114 – stock.adobe.com
Seite 2: rawpixel.com, #340498029 – stock.adobe.com
Seite 3: nellas, #295944297 – stock.adobe.com
Seite 4 oben: SPD-Kreistagsfraktion Main-Taunus
Seite 4 unten links: Ulrich Häfner
Seite 4 unten rechts: SPD-Kreistagsfraktion Main-Taunus

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Rechte an allen weiteren Bildern, Texten und dem Design bei der SPD-Kreistagsfraktion Main-Taunus, der SPD oder ihren Gliederungen.

WEITERE INFORMATIONEN

...finden Sie jederzeit auf unserer Website oder bei Facebook. Gerne können Sie auch unsere Geschäftsstelle kontaktieren.

www.spd-fraktion-mtk.de



Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit dem Brautpaar Julia und Sabine Ostrowicki

Julia Ostrowicki heiratet – Nancy Faeser gratuliert

Es war das gesellschaftliche Ereignis im politischen Leben des Main-Taunus-Kreises in diesem Spätsommer: Eine große Hochzeitsgesellschaft aus Familienmitgliedern, Freundinnen und Freunden und politischen Weggefährt*innen feierte Anfang September die Hochzeit unserer stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Julia Ostrowicki mit ihrer Frau Sabine, darunter Susanne Selbert, Landesdirektorin des Landes-

wohlfahrtsverbandes, als Trauzeugin und Dr. Philipp Neuhaus der im Namen unserer SPD-Kreistagsfraktion dem Brautpaar herzlich die besten Wünsche überbrachte. Besonderes Highlight: Zur kirchlichen Hochzeit in der Eppsteiner Talkirche fand sich auch unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser in ihrem Heimatkreis ein und ließ es sich nicht nehmen, dem Brautpaar persönlich zu gratulieren!

➔ Kurz notiert

Beantwortungen zu Pandemiegeschehen

Vor kurzen hat der Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises seine Beantwortungen unserer Anfragen „Bewältigung des Pandemiegeschehens bei Kindern und Jugendlichen“ und „Aufstellung der Schulen in der Coronapandemie 2022“ vorgelegt. Wir halten diese für unzureichend und erwarten problembewusstere Antworten und eine ernsthaftere Befassung mit möglichen neuerlichen Pandemieentwicklungen. Daher rufen wir das Thema in der nächsten Sitzung des zuständigen Ausschusses erneut auf.

Akzeptanz der Ehrenamts-Card

Die Beantwortung unserer Anfrage zur Akzeptanz der hessischen Ehrenamts-Card im Main-Taunus-Kreis bestätigte unsere Vermutung, dass hier ein erhebliches Ungleichgewicht bei der Altersverteilung vorliegt, zeigt aber allgemein auch erfreuliche Zahlen: Der Main-Taunus-Kreis liegt mit aktuell ausgestellten 1261 Ehrenamts-Cards hessenweit auf dem zweiten Platz, was auch die große Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum ehrenamtlichen Engagement im MTK aufzeigt. Beantragt wird die Ehrenamts-Card dabei weit überwiegend von Menschen über 50 Jahren.

L3011-Vollsperrung noch zu verhindern?

Wegen Baumaßnahmen droht in Lorsbach die einjährige Vollsperrung der Landesstraße 3011 im Bereich der „Klärwerkskurve“. Als Bauträger sieht die landeseigene Hessen Mobil keine Möglichkeit für örtliche Umfahrungslösungen, über deren Umsetzbarkeit es auch innerhalb der Kreiskoalition zu einem öffentlichen Dissens im Kreistag kam. Findet sich keine Lösung, würde ein weiträumiger Umleitungsverkehr erforder-

lich, der nicht nur den Hofheimer Stadtteil, sondern auch umliegende Kommunen wie Kelkheim erheblich belasten würde. Dagegen regt sich nicht nur vor Ort erheblicher Widerstand, auch ein Änderungsantrag von SPD, Die Linke und den Freien Wählern fordert eine neue Überprüfung der örtlichen Umfahrungsmöglichkeiten. Dieser wurde nun in der Kreistagsitzung vom 26. September in den Verkehrsausschuss verwiesen.

Landratswahl am 4. Juni 2023

Die kommende Landratswahl findet laut Kreistagsbeschluss am 4. Juni 2023 statt.



Bundesverdienstkreuz für Horst Ackermann

Wir gratulieren unserem langjährigen Fraktionsmitglied Horst Ackermann (Foto, mit Dr. Philipp Neuhaus) sehr herzlich zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes, das er insbesondere für seine über vierzigjährige ehrenamtliche Mitarbeit im Kreisausschuss des Main-Taunus-Kreises sowie für seine großes kulturelles Engagement in seiner Heimatstadt Kelkheim erhalten hat.